

19.19

**Abgeordneter Julian Schmid, BA** (Grüne): Sehr geehrte Abgeordnete! Hohes Haus! Herr Präsident! Liebe Zuhörer auf der Galerie und vor den Smartphones! Ich bedanke mich ganz herzlich, dass wir es jetzt gemeinsam geschafft haben, diesen Antrag einzubringen. Das ist ja wirklich nicht selbstverständlich. Ich finde es auch wichtig, dass es, da es eine Initiative von den Jugendsprechern war, beim Jugendministerium zu einem stärkeren Thema gemacht wird. Die digitale Revolution ist eine der größten Revolutionen unserer Zeit, und dass sich sozusagen die „alte Politik“ mit Revolutionen bisher immer relativ schwer getan hat, ist, glaube ich, unbestritten. Deshalb ist es gescheiter, ein bisschen nachzuhelfen.

Mein erstes Erlebnis im Zusammenhang mit der Digitalisierung und wie damit politisch von denen, die Macht haben, umgegangen wird, hatte ich in meiner Schule, wo ich Schulsprecher war. Damals hat es noch kein Facebook gegeben, sondern wir haben noch Schülerforum gemacht. Das war so ein altes phpBB-Forum, das haben wir damals neu kreiert. Und das war unglaublich geil, weil wir Schüler, die gesamte Oberstufe uns da das erste Mal vernetzt haben, quer über die Klassen über Dinge diskutieren konnten. Wir haben Abstimmungen gemacht und so weiter. Im Nu war fast die gesamte Oberstufe dabei, zirka 500 Leute, und es ist unglaublich groß geworden.

So, was ist passiert? – Plötzlich kommen einige Lehrerinnen und Lehrer zu mir und sagen, dass das von vielen sehr kritisch gesehen wird. Es hat auch Beschwerden von den Eltern gegeben, da man nicht gewusst hat, was da eigentlich passiert. Und im Nu war ich dann beim Direktor und habe ein Gespräch mit ihm gehabt. Und da haben wir uns dann darauf geeinigt beziehungsweise war die politische Regel, die dann in der Schule gefasst worden ist: Wir sollen einfach weitermachen, denn es wird sich eh niemand auskennen, und es macht keinen Sinn, sich als Lehrer zum Beispiel in diesem Forum anzumelden und das zu moderieren.

Das war auf jeden Fall mein erstes Erlebnis damit. Und was habe ich daraus gelernt? – Dass ältere Leute oder Leute, die keine Digital Natives sind, manchmal eher mit Angst vor Gefahr und mit Sorge auf das Ganze schauen.

Einige Jahre später bin ich ins Parlament gekommen, dazwischen ist natürlich unglaublich viel passiert. Und dann habe ich plötzlich beim Ministerium gemerkt, dass es da irgendwie ganz ähnlich wie damals weitergeht. Es sind natürlich schon wichtige Themen besprochen worden, keine Frage, zum Beispiel Sexting, Cybermobbing bis hin zu Online-Betrug. Es werden verschiedenste Geschichten besprochen, aber es ist immer so ein bisschen aus der Angstperspektive. Da gibt es auch wirklich tolle

Initiativen – Saferinternet ist schon genannt worden –, die unglaublich wichtige Arbeit machen, Medienkompetenz schulen, die wirklich viel machen und wo ich auch froh bin, dass wir die Budgetmittel jedes Jahr gesichert haben, aber das Problem ist, dass es wieder nur so ein Gefahrenzugang ist. In Wirklichkeit ist es aber die Lebensrealität von ganz vielen Jungen, die das tagtäglich verwenden, fast wie Zähneputzen. Es ist wirklich zentral für das eigene Leben.

Was ich damit nicht sagen will, ist, dass es in der digitalen Frage keine Probleme gibt. Ich finde zum Beispiel, dass eines der größten und zentralsten Probleme, das wir eigentlich im Parlament lösen sollten, etwas ist, was wir überhaupt nicht beantworten. Das ist zum Beispiel die Frage des Datenschutzes, die Frage der eigenen Identität online. Das ist etwas, wo in Wirklichkeit die großen Zukunftsfragen der Digitalisierung liegen und wo die Politik derzeit international mehr oder weniger auslässt. Die Wahrheit ist, dass Facebook, Google, Apple, Microsoft de facto machen, was sie wollen, und dass es dann an Max Schrems liegt, dem jungen Österreicher, der mehr oder weniger drei Jahre in Irland vor dem Gericht campiert hat, um dort mit den Richtern herumzustreiten, dass das Datenschutzabkommen mit den USA wieder neu verhandelt werden muss.

Es ist eigentlich schon irre, dass bei etwas, was alle Jugendlichen massiv betrifft, das ganze Leben lang, die Politik auslässt. Das ist etwas, bei dem man, finde ich, auf jeden Fall einen Zugang haben sollte, dass die Politik Regeln machen muss, so wie sie es geschafft hat, als das Auto erfunden wurde, Verkehrsregeln zu erfinden, oder dann draufgekommen ist, nachdem sich der Kapitalismus entwickelt hat, dass es Arbeitnehmerrechte oder Umweltschutz braucht. Da braucht es klare Regeln, und das ist etwas, wo die Politik im Moment völlig auslässt. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist, dass wir das Ganze aber nicht nur aus der Perspektive der Gefahr sehen, sondern wir wollen klare Regeln, da die Digitalisierung eine unglaubliche Chance ist. Und das ist etwas, was ein Fahrplan für das Jugendministerium sein könnte, indem das Jugendministerium ein Epizentrum für das wird, was sozusagen in der tagtäglichen Realität für Jugendliche eine Chance wäre.

Warum kann die Politik nicht hergehen und zum Beispiel bei jugendlichen Flüchtlingen, bei denen man sich manchmal aufregt, dass sie Smartphones haben und so weiter, diese nicht nutzen und zum Beispiel Apps zum Deutschlernen machen? Da ist unglaublich viel möglich, und ich finde, das ist etwas, wo die Politik aktiv sein sollte und was sie supporten sollte. Warum geht man nicht her und sagt, wir haben derzeit 150 Millionen Nachhilfekosten im Jahr, es gibt aber international tolle Beispiele, wo es

unter anderem gerade für das Hauptproblemfach Mathematik individuelle Tools gibt, die individuell abgestimmt sind und mit denen man spielerisch Mathematik lernen kann, genau den Lehrstoff der Oberstufe? Da könnte die Politik hineingehen, und die Familien könnten sich dadurch einiges an Geld ersparen.

Oder bei den Universitäten: Wir reden hier ganz oft über Zugangsbeschränkungen. Auf der anderen Seite ist die Realität aber, dass zum Beispiel in Stanford vor Kurzem ein Online-Kurs angeboten worden ist, bei dem sich weltweit 700 000 Menschen engagiert haben. Die Universität Wien hat zirka 92 000 Studierende, und dort nehmen an einem einzigen Kurs 700 000 Menschen teil. Da könnten wir als Politik viel proaktiver hineingehen und sagen, schauen wir, dass wir viel mehr Menschen Möglichkeiten geben, die Digitalisierung zu nutzen.

Ich finde, dass das Jugendministerium eigentlich ein idealer Ansprechpartner dafür wäre, und ich hoffe auch, dass es dann so weit kommt. – Danke schön. *(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

19.26

**Präsident Karlheinz Kopf:** Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Gamon. – Bitte.